

Westliche Interventionen liefen seit dem Ende des Kalten Krieges meist nach immer dem gleichen Muster ab: Irgendwo auf der Welt kam es zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen oder terroristischen Aktivitäten. Die Medien berichteten. Politik und Öffentlichkeit im Westen waren empört. Die Forderung nach einer Militärintervention wurde laut. Truppen wurden in Marsch gesetzt. Spätestens einige Wochen nach ihrer Ankunft erlahmte das Interesse der Medien. Ihm folgte öffentliches Desinteresse. Parallel stiegen die menschlichen Opfer und finanziellen Kosten des Einsatzes. Die Öffentlichkeit war erneut empört. Der Ruf nach einer Rückkehr der Soldaten wurde lauter und lauter – wie in den Fällen Somalia, Afghanistan oder Irak.

Um diesen Kreislauf in Zukunft nicht wieder in Gang kommen zu lassen, haben sich die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten im Fall Libyens auf eine Strategie zurückbesonnen, die bereits in früheren Krisenfällen erfolgreich war: Anstatt sich mit dem Einsatz von eigenen Bodentruppen auf das Risiko eines langwierigen und verlustreichen Krieges einzulassen, setzt der Westen auf die Überlegenheit seiner Luftwaffe und unterstützt mit Geheimagenten, Spezialeinheiten, Militärberatern und Waffenlieferungen über Drittstaaten die Streitkräfte der verbündeten Konfliktpartei vor Ort.

Es sind dabei nicht allein die ernüchternden Erfahrungen mit Guerillakriegen in Afghanistan und im Irak, die den Wes-

ten zögern lassen, Infanterieverbände auch in Nordafrika einzusetzen. Ein Blick in die Geschichte Libyens dürfte Warnung genug sein. Denn dort erlebte bereits das demokratische Italien vor Mussolini sein Vietnam: Vor hundert Jahren wollte Rom nach Tripolis kommen, sehen und siegen. Einen Platz an der Sonne Nordafrikas hatten sich vor allem Italiens radikale Nationalisten versprochen. „Grande Italia“ sollte durch kriegerische Expansion entstehen – Vorstellungen, die zwar dem liberalen Italien unter Ministerpräsident Giovanni Giolitti entgegenstanden, aber für immer weitere Kreise der italienischen Gesellschaft zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts an Attraktivität gewannen. Innenpolitisch zunehmend unter Druck, trat Giolitti 1911 außenpolitisch die Flucht nach vorn an: Ein scheinbar risikoloser Krieg um Tripolitanien und die Cyrenaika – das heutige Libyen und damals die letzte koloniale Besitzung des einst so mächtigen Osmanischen Reiches in Nordafrika – sollte Giolittis angeschlagene Regierung an der Heimatfront den Rücken stärken. Damit begann ein Waffengang, dessen verheerende Folgen hinter dem Abessinienfeldzug von Mussolini 1935/36 und den Schlachten an den nordafrikanischen Fronten zwischen den Achsenmächten und den Alliierten im Zweiten Weltkrieg oftmals verblissen.

Besonnene Stimmen drangen in Italien im Frühjahr 1911 nicht durch. Militärexperten hatten gewarnt, ein Feldzug in Nordafrika würde mitnichten der erwar-

tete „Spaziergang“. Sie sollten recht behalten: Der Krieg erwies sich bald als kopfloses Abenteuer. Die italienischen Soldaten konnten zwar relativ schnell den Küstenstreifen erobern. Ins Landesinnere vorzudringen gelang ihnen aber selbst dann nicht, als ihre Truppenstärke von 34 000 auf 100 000 Mann angestiegen war. Das lag nach den Analysen des Münchner Historikers Hans Woller zum einen an der mangelhaften Planung und Vorbereitung des Feldzuges, zum anderen an rasch grassierenden Krankheiten wie Cholera, die empfindliche Lücken in das Heer rissen. Hinzu kam der erbitterte Widerstand der osmanisch-arabischen Allianz, in der die Beduinen unter der Führung der islamischen Senussi-Bruderschaft den „Heiligen Krieg“ ausriefen.

Hatte man in Italien damit gerechnet, dass die Libyer nur darauf warteten, das osmanische Joch abschütteln zu können, trugen die italienischen Soldaten in Wirklichkeit selbst zur Herausbildung und Festigung des Bündnisses zwischen türkischen Truppen und Arabern bei, da Italiens Offiziere den libyschen Stammesführern herablassend begegneten und sogar kleinere Widersetzlichkeiten mit brutaler Grausamkeit beantworteten. Den Höhepunkt erreichten die Exzesse, nachdem die italienischen Streitkräfte am 23. Oktober 1911 in einem Gefecht bei Sciarra Sciat in der Nähe von Tripolis mehr als fünfhundert Mann verloren hatten. Der Luzerner Historiker Aram Mattioli urteilt: „In einem regelrechten Pogrom ermordete eine aufgebrachte Soldateska innerhalb von fünf Tagen wahllos Tausende von Einheimischen, brannte ihre Häuser nieder und beschlagnahmte ihr Vieh.“

Doch trotz des massiven Einsatzes überlegener Waffensysteme kamen die Italiener nicht über den libyschen Küstenstreifen hinaus. Das hinderte Rom nicht, Libyen bereits im November 1911 offiziell zu annektieren. Als das dafür notwendige Gesetz vier Monate später im Parla-

ment zur Abstimmung vorgelegt wurde, stimmten 431 von 470 Abgeordneten für die Annexion.

Obwohl das Osmanische Reich am 18. Oktober 1912 der Abtretung von Tripolitanien und der Cyrenaika an Italien im Friedensvertrag von Ouchy am Genfer See zustimmte, endete damit der Krieg nicht. Denn die arabischen und berberischen Stämme fühlten sich keineswegs an den Vertrag gebunden. Ihre Guerillataktik brachte den italienischen Truppen immer wieder schmerzliche Verluste bei. Es sollte bis zum Sommer 1914 dauern, dass sich die Italiener in Tripolitanien als Herren der Lage fühlen konnten. In der Cyrenaika blieb ihnen dies weiterhin verwehrt, zumal mit dem Ersten Weltkrieg die vom Osmanischen Reich und vom Deutschen Reich unterstützte „große Revolte der Araber“ und damit der Rückzug der italienischen Truppen begann.

Wie hoch die Verluste waren, die Italien vor der faschistischen „Wiedereroberung“ Libyens in den Zwanziger- und frühen Dreißigerjahren erlitt, ist nicht genau bekannt. Schätzungen gehen von mindestens fünf- bis zehntausend Soldaten aus. Ungleich größer waren die Opfer, die die einheimische Bevölkerung zu beklagen hatte. Zu den Zehntausenden, die in Gefechten und Guerillakämpfen starben, rechnet Hans Woller die Menschen hinzu, die verhungerten, da ihr Land verwüstet und ihre traditionellen Handelsverbindungen zerstört wurden: Allein in der Cyrenaika sank die Zahl der Einwohner von dreihunderttausend im Jahr 1911 auf hundertzwanzigtausend nur vier Jahre später. Bis heute gilt die Gewalteskalation in Libyen vor hundert Jahren als ein Thema, über das man in Italien nicht gerne spricht.

Um nach Afghanistan und dem Irak nicht auch in Libyen historische Fehler zu wiederholen, orientiert sich der Westen dort heute an einer Strategie, die bereits im jugoslawischen Bürgerkrieg

der Neunzigerjahre den Gegner stoppte: Es waren nicht allein die Bombardements der NATO, die Bosniens Serben und ihre Helfer in Belgrad zur Waffenruhe zwangen – es war vielmehr die Entscheidung von US-Präsident Bill Clinton, die kroatischen Streitkräfte im Kampf gegen die serbischen Truppen von einer amerikanischen Beratungsfirma für Militärfragen ausbilden zu lassen, deren Mitarbeiterstab aus ehemaligen hohen Armeeinghörigen bestand; und es war der Entschluss Washingtons, zusammen mit einer internationalen Koalition, die schon damals islamische Staaten einschloss, das UN-Waffenembargo zugunsten von Bosniern und Kroaten *de facto* aufzuheben. Amerikanische Kriegsschiffe ließen Waffenlieferungen passieren. Unter den Absendern sollen sich der Iran, Saudi-Arabien, Pakistan und die Türkei befunden haben.

### Indirekte Kriegführung

Diese indirekte Form westlicher Kriegführung hatte durchschlagende Wirkung: Nur wenige Wochen nach dem serbischen Massaker in Srebrenica waren die bosnischen und kroatischen Truppen in der Lage, eine Gegenoffensive zu starten und mehr als die Hälfte von Bosnien-Herzegowina zurückzuerobern. Die Operation – bei der es nach der serbischen Aggression ebenfalls zu schweren und heute vom Haager UN-Tribunal geahndeten Kriegsverbrechen kam – war militärisch so erfolgreich, dass sich die Serben zu Verhandlungen bereit zeigten. Der Vertrag von Dayton war die Folge. Doch um Symmetrie auf dem Schlachtfeld und dann am Verhandlungstisch zu erreichen, waren keine Bodentruppen des Westens eingesetzt worden. Ihre Rolle hatten Bosnier und Kroaten selbst übernommen.

Anstatt sich die Strategie in Bosnien zum Vorbild für kommende Interventio-

nen zu nehmen, entschied sich Washington zum Großeinsatz der eigenen Infanterie 2001 in Afghanistan und 2003 im Irak – mit fatalen Konsequenzen: Bis heute sind dort Tausende alliierter Soldaten gefallen, Zehntausende wurden verwundet. Auch ökonomisch sind derlei Einsätze ein Desaster. Allein der Dritte Golfkrieg hat den amerikanischen Steuerzahler nach Berechnungen von Joseph Stiglitz drei bis fünf Billionen Dollar gekostet, Gelder, die für öffentliche Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur schmerzhaft fehlen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger sieht in der wirtschaftlichen Abkühlung seines Heimatlandes eine unmittelbare Folge des Waffengangs im Zweistromland.

Dabei hätte die amerikanische Strategie auf dem Balkan auch am Hindukusch und zwischen Euphrat und Tigris zum Erfolg führen können: Zu Beginn des „Krieges gegen den Terror“ beschränkten die USA ihre Operationen gegen Taliban und El Kaida auf den Einsatz von Air Force und Spezialeinheiten. Den Krieg am Boden führte die Nordallianz. Es waren ihre Truppen, die in Kabul einmarschierten. Erst danach begann die Stationierung von größeren Verbänden westlicher Infanterie – rückblickend ein schwerer Fehler. Das ursprüngliche Ziel nach dem 11. September 2001, Afghanistan den islamistischen Terrorgruppen als Rückzugsraum zu nehmen, war bereits erreicht worden. Die Nordallianz und weitere verbündete Afghanen hätten ein Land aufbauen können, das zwar nicht einer Westminister-Demokratie geglichen, aber zumindest keine Bedrohung für den Westen dargestellt hätte. Heute, zehn Jahre später, haben UN und NATO ebenfalls nicht viel mehr erreicht – und zu welchem Preis an Menschenleben und finanziellen Mitteln, die zur Sanierung der überschuldeten Haushalte der westlichen Truppensteller dringend benötigt würden.

Auch im Irak hätte sich ein neuer Staat ohne amerikanische Invasion mit Bodentruppen aufbauen lassen können – und das bereits direkt nach dem Zweiten Golfkrieg. Die Schiiten wurden von den USA nach der Befreiung Kuwaits 1991 und angesichts der schwer geschlagenen Armee von Saddam Hussein zu offenem Widerstand ermutigt, dann aber im Kampf gegen Panzer und Kampfflugzeuge des Bagdader Regimes im Stich gelassen – ein Fehler, der sich heute in Libyen nicht wiederholen soll.

Schon 1991 wurde der Volksaufstand im Süden des Irak von Soldaten mitgetragen, die dem Despoten nicht länger dienen wollten. Diese oppositionellen Kräfte hätten die Alliierten spätestens bei ihrer Invasion 2003 fördern müssen, um rasch einen neuen Staatsapparat installieren und die eigenen Bodentruppen unmittelbar nach dem Ende der größeren Kampfhandlungen in die Heimat zurückverlegen zu können. Doch die fahrlässige Auflösung der irakischen Sicherheitskräfte verhinderte dies – eine Fehlentscheidung mit gravierenden Auswirkungen. Auch im Norden des Irak warteten 1991 wie 2003 kurdische Kräfte darauf, Saddam Husseins Diktatur abstreifen zu können. Mit wirkungsvoller Unterstützung aus der Luft hätten sie sich selbst befreien können.

## Historische Vorbilder

In Krisenregionen, wo militärisch schlagkräftige Partner fehlen, kann es für den Westen hingegen notwendig erscheinen, mit eigenen Bodentruppen in die Kämpfe einzugreifen. Ein langjähriges Engagement mit hohen menschlichen wie materiellen Kosten muss daraus aber nicht entstehen. Eine Alternative sind langfristige Sicherheitsgarantien, wie sie Sierra Leone von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien erhalten hat. Der Regierung in Freetown hat London zugesichert, dass umgehend Truppen eingeflogen werden,

wenn es zu Unruhen kommt. Der Erfolg, damit bislang einen Rückfall in die mehr als zehnjährige Bürgerkriegsgewalt von 1991 bis 2002 verhindert zu haben, spricht für das britische Modell. Sierra Leone hat nicht nur Wahlen, sondern auch einen Regierungswechsel friedlich überstanden. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon nennt das Land zu Recht einen „der weltweit erfolgreichsten Fälle für Wiederaufbau, Friedenswahrung und Friedensaufbau nach einem Konflikt“.

Nach den Langzeitstatistiken über sechshundsechzig Konfliktherde, die Paul Collier als ehemaliger Forschungsleiter der Weltbank und sein Team am *Centre for the Study of African Economies* an der Universität Oxford zusammengetragen haben, hat auch das französische Engagement in Afrika für Sicherheit gesorgt aufgrund der von Frankreich unterhaltenen Militärstützpunkte – wie nun erneut im Fall der Elfenbeinküste. Denn die französischen Schutzversprechen haben sich als genauso glaubwürdig erwiesen wie die britischen Garantien für Sierra Leone, als London im Jahr 2000 tatsächlich über Nacht Truppen einfliegen ließ, um die vom liberianischen Warlord Charles Taylor unterstützte Revolutionäre Einheitsfront vor Freetown aufzuhalten. Der kleine Vorort, bei dem die Briten den Rebellenangriff stoppten, hieß Waterloo. Wie einst die Preußen 1815 trafen sie im letzten Augenblick ein. Erneut war es „verdammte eng“, wie damals Lord Wellington gesagt hatte. Aber es funktionierte.

Diese Tradition britischer und französischer Interventionen hat der Westen nun in Libyen fortgesetzt. Wie Freetown wurde Bengasi in letzter Minute vor einem Massaker bewahrt. Und wie bereits auf dem Balkan wird es auch im libyschen Bürgerkrieg nur eine Frage der Zeit gewesen sein, bis die erneute Allianz aus westlichen und islamischen Staaten den gemeinsamen Gegner zum Einlenken gezwungen haben wird.